

# Die Chance ist noch nicht vertan

Die CDU-Beigeordneten reagieren auf Kritik am Bürgermeister und an Antragsformalien

**Brachtal** (re). Um den Antrag der Freien Wähler zu einem Führungskräftecoaching und einer Prozessbegleitung hat es in der Brachtaler Gemeindevertretung heftige Diskussionen gegeben. Nun melden sich die beiden CDU-Beigeordneten Roland Tzschietzschker und Anna Leo zu Wort. Sie differenzieren zwischen den Antragsformalien und den Inhalten des Antrags. Deshalb sei mit der Ablehnung die Chance auf Verbesserung noch nicht vertan.

Wie so oft führten Missverständnisse in der Darstellung zu vermeidbarer Reibung. Zu unterscheiden sei die formale Behandlung des Antrags von der inhaltlichen. Der Gemeindevertretervorsitzende hätte den Antrag – aufgrund fehlender Zuständigkeit der Gemeindevertretung – schon nicht auf die Tagesordnung nehmen dürfen, der Bürgermeister hätte – sofern positiv beschlossen – dem Beschluss gemäß

Paragraf 63 Absatz 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) widersprechen müssen. Die Ablehnung seitens der SPD und CDU sei aus ebendiesen formalen Gesichtspunkten erfolgt. Die Problematik sei im Ältestenrat ausführlich besprochen worden, allen Fraktionsvorsitzenden hinreichend bekannt gewesen und somit auch den Fraktionen. So weit zur formalen Behandlung.

Inhaltlich sehe es da ganz anders aus. Die Chance auf eine Verbesserung sei keineswegs vertan, vielmehr seien von Verwaltung, Dienststellenleiter und Gemeindevorstand die entsprechenden Weichen schon gestellt worden – und das schon lange, bevor die FWB ihren Antrag eingebracht haben.

Neben der Beratung zur Änderung oder Verbesserung der Abläufe innerhalb der Verwaltung sei es erklärter Wille sowohl von Gemeindevorstand als auch Personalrat gewesen, mithilfe einer Mediation oder Prozessbegleitung Veränderungen anzustoßen. Dabei gehe es

in erster Linie um die Einbindung der Beschäftigten bei einem nachhaltigen Veränderungsprozess, um die Verbesserung langfristiger Arbeitsbedingungen und die Ausräumung aktueller Unstimmigkeiten. Über die Initiative INQA-Audit, die vom Bundesarbeitsministerium unterstützt und gefördert wird, sei durch Tzschietzschker und in Kenntnis und Abstimmung des gesamten Gemeindevorstandes inklusive Vertreter der FWB der Kontakt zu einer professionellen Prozessbegleitung zustande gekommen. Ein Informationsgespräch sei für den 10. September im Rahmen der Gemeindevorstandssitzung terminiert. Dabei werden auch die Mitglieder des Personalrates anwesend sein. Danach erfolgt eine Entscheidung.

Anlässlich der Gemeindevertreterversammlung vom 24. August wurde auch auf die Kontrollfunktion der Gemeindevertreter hingewiesen. Das sei richtig, allerdings obliege diese lediglich in einem Informations- und nicht in einem, wie von

den FWB angedachten, Weisungsrecht. Es entstehe der Eindruck, dass die FWB mit ihrem Aktionismus nicht die konstruktive Lösung von Themen, sondern vor allem sich selbst und ihre Außendarstellung im Blick hätten.

Bereits im Jahr 2003 hatte die Gemeindevertretung erstmals Mittel zur Erstellung eines Personalkonzeptes eingestellt und genehmigt. Im Jahr 2009 beauftragte die Gemeinde ein entsprechendes Büro, der Analysebericht lag 2010 vor und wurde in einer Kurzversion dem Gemeindeparlament vorgelegt. Danach habe niemand mehr nach dem Analysebericht und dem Stand der Umsetzung gefragt. Mittlerweile entspricht dieser Bericht nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten, sodass die Umsetzung dieses Konzeptes obsolet geworden und dafür ein anderes Büro beauftragt werden musste. Dies sei bereits im Sommer 2019 in die Wege geleitet und der Auftrag im Frühjahr 2020 vergeben worden.